Antrag 47/I/2023

Beschluss

Annahme in der Fassung der Antragskommission

JA zur Umsetzung des Volksentscheides „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“

Wir begrüßen, dass der Koalitionsvertrag mit der CDU ein Vergesellschaftungsrahmengesetz vorsieht, sofern die noch bestehende Expert*innenkommission eine positive Entscheidung trifft.

Wir bekräftigen das Ziel, rechtssichere Wege zu gehen, den Wohnungsbestand des Landes Berlin umgehend deutlich zu steigern, um sie dem freien Wohnungsmarkt zu entziehen und damit steigenden Mietpreisen wirksam entgegen zu wirken.

Wir bekräftigen, dass die Vergesellschaftung im Sinne des Volksentscheids hierfür ein geeignetes Mittel sein kann. Die sozialdemokratischen Mitglieder des AGH und des Senats werden aufgefordert, einem positiven Votum der Expert*innenkommission folgend, parallel zur Erarbeitung eines Rahmengesetzes, ein spezifisches Gesetz für den Wohnungssektor zu erarbeiten und sich dafür einzusetzen, dieses mit dem Koalitionspartner umzusetzen, um den Volksentscheid schnellstmöglich und rechtssicher zu verwirklichen.

Überweisen an

AH Fraktion, Senat